

Volks-Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 1906.

Preis: 1.00 M. pro Quartal, 3.00 M. pro Halbjahr, 10.00 M. pro Jahr. Einzelhefte 10 Pf. (inkl. Porto).
Zweite Ausgabe
Mittwoch, 10. Januar 1906.
Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstr. 87, Hinterhaus.
Telephon 158; Redaktion Leipzigerstr. 87a, Eing. Nr. 10, Hinterhaus.
Verantwortlich: Dr. Walter Hebenstreifen in Halle a. S.
Geschäftsstelle in Berlin Dessauerstr. 14.
Telephon 701; Redaktion in Halle a. S., bei allen bekannten Annoncen-Expeditoren.
Druck und Vertrieb von Otto Zille in Halle a. S.

Deutsches Reich.

Halle a. S., 10. Januar.

Bei der Besprechung des deutschen Reichshaushalts äußern sich die englischen Blätter in folgender Weise: „Daily Telegraph“ sagt:

„Fürsich selbst verdient und wird den herzlichsten Dank Europas empfangen, denn sein Werk hat wieder eine neue Schwierigkeit der Komplexion hinzugefügt, noch wie eine der von zeitlich veränderlichen Umständen, im Gegenteil es führt die im Wesentlichen überzeugung, daß die Konferenz von Erfolg begleitet sein wird und daß die markanteste Frage eine Finanzreform und die folgende Lösung finden wird.“

Die „Daily News“ begrüßt den freundschaftlichen Ton, den die englische Presse gegen Deutschland anschlägt. Das Blatt fügt hinzu:

„Wir haben allen Grund zu der Annahme, daß die Konferenz einen glücklichen Verlauf nehmen wird und daß sie den Beginn besserer Beziehungen nicht nur zwischen England und Deutschland, sondern auch zwischen Deutschland und Frankreich bedeuten wird.“

In Paris widmen vorläufig nur wenige Blätter dem deutschen Reichshaushalt eingehende Erwähnung. Der „clair“ meint, in dem Werkbuche fanden sich zwei deutlich verheißende Teile, den einen könnte man das rosenfarbene Buch der Deckschiffen Selbstschaffungen und den anderen das Schwarzbuch der vernichteten Träume Deckschiffen nennen.

Nach Algerias. Delegierte der deutschen Regierung auf der Marokkokonferenz sind bekanntlich der Hofrat Dr. Adami und der Gesandte Graf v. Tattenbach. Als Sekretär ist ihnen angegliedert Geh. Legationsrat Dr. Schmetz, Legationssekretär von Adami und der Dragoman Schabinger. Die Herren werden, soweit sie in Berlin anwesend sind, heute, Mittwoch, die Reise nach Algerias antreten. Graf Tattenbach reist über München dorthin.

Zum Inkrafttreten des neuen Zolltarifs.

Im Anschluß an eine frühere Veröffentlichung weist die „Berl. Kor.“ nochmals darauf hin, daß die Tariffrage und Vorschriften des geltenden Zolltarifs nicht auf alle Waren Anwendung finden, die bis zum Ablauf des 28. Februar 1906 die Zollgrenze überdringt haben, sondern nur auf diejenigen Waren, die bis zum 28. Februar einschifflich bei der zollrechtlichen Verzollung, zur Abfertigung auf dem Festland oder zur Anfertigung auf dem Festland, angemeldet und zur Abfertigung gestellt worden. Aus der gesetzlichen Vorschrift ergibt sich u. a., daß alle Waren, die bei Beginn des 1. März 1906 in öffentlichen Niederlagen, Privattraut- oder Privatteilungslagern mit oder ohne amtlichen Mitbeweis oder in den Beständen der fortlaufenden Konten vorhanden sind, desgleichen alle Waren, die zwar vor dem 1. März auf Begleitfahrzeug 1 oder Begleitfahrzeug abgefertigt, aber erst nach dem 28. Februar zur weiteren Abfertigung angemeldet und gestellt werden, den Tarifregeln und Vorschriften des neuen Tarifs unterliegen.

Die Ratifikations-Verhandlungen zum deutsch-bulgarischen Handels-, Zoll- und Schiffsvertrage vom 1. August 1905 sind am 9. c. in Berlin durch den Direktor im Auswärtigen Amt, Wirklichen Geheimen Rat Dr. v. Koerner, und den ersten Sekretär der Berliner fürstlich bulgarischen diplomatischen Agentur, Dr. Schichmanow, ausgetauscht worden.

Se. Majestät der Kaiser empfing Dienstag vormittag den Bildhauer Prof. Haackmann und führte den Vortrag des Chefs des Militärkabinetts, General-Majanten Grafen v. Hülss-Haeseler.

Der Kaiser und der Herzog von Cumberland. Die offizielle Nord. Allg. Ztg. schreibt: „Der „Hann. Cour.“ gibt eine Erzählung wieder, nach der die Zusammenkunft zwischen dem Kaiser und dem Herzog von Cumberland in Kopenhagen am dem durch Kaiser Wilhelm zurückgekommenen Verlangen des Herzogs, als regierender Fürst empfangen zu werden, gefordert sei. Diese Erzählung ist in allen Einzelheiten erfunden. Weder hat der Herzog ein solches Verlangen gestellt, noch hat der Kaiser eine „drahtlose Gegenfrage“ an ihn richten lassen. Ein Einfluß auf die Adreße der Nichtadreße des Herzogs von Kopenhagen vor der Ankunft des Kaisers ist von deutschen Stellen in keiner Form ausgeübt worden. Im übrigen nimmt der „Hann. Cour.“ mit Recht an, daß in der letzten Welfenfrage die Unruhe und die Unruhe in der Bevölkerung durch die Unruhe eingetreten ist.“

Im Besonderen des Staatssekretärs v. Wiltshofen, der an einem Schlaganfall erkrankt liegt, war im Laufe des gestrigen Vormittags eine kleine Besprechung zu verzeichnen. Ammerich ist sein Zustand nicht unbedenklich. Welfen nachmittag waren über ihn im Reichstage wieder ungünstige Nachrichten verbreitet.

Die Herrenhaus-Kommission zur Vorbereitung des Wechsels über die Verhältnisse am 8. März. Die Verwaltungsgeschichte begann am Dienstag ihre Beratungen, die bereits heute, Mittwoch, erledigt sein dürften. Obgleich verschiedene Änderungsanträge eingebracht sind, nimmt man an, daß die Vorlage in der vorliegenden Form im allgemeinen Annahme finden wird.

Der preussische Etat. Für das Etatsjahr 1906 sind die Einnahmen Preussens auf 2 910 344 396 M., die Ausgaben im Ordinarium auf 2 673 400 752 M., im Extraordinarium auf 236 943 644 M., zusammen mithin ebenfalls auf

2 910 344 396 M. veranschlagt. Gegenüber den Voranschlägen für das laufende Jahr zeigen die Schlussummen des Etats für 1906 eine Erhöhung um 192 062 789 M. Höher angelegt sind: bei den staatlichen Betriebsverwaltungen die Einnahmen um 169 393 511 M., die Ausgaben im Ordinarium um 97 840 726 M., im Extraordinarium um 31 025 570 M., bei den Dotationen und der allgemeinen Finanzverwaltung die Einnahmen um 19 202 371 M., die Ausgaben im Ordinarium um 15 112 266 M., bei den eigentlichen Staatsverwaltungen die Einnahmen um 9 466 907 M., die Ausgaben im Ordinarium um 41 177 443 M., im Extraordinarium um 6 906 794 M.

Die nächsten Plenarsitzungen des Herrenhauses finden am 23. Januar und den folgenden Tagen statt.

Deutscher Reichstag.

15. Sitzung vom 9. Januar 1906, 2 Uhr.

Im Bundesrat: Herr v. Stengel.
Bei schwachem Besuch eröffnet Präsident Graf Kallenberg die Sitzung mit folgenden Worten: Die erste Sitzung des Jahres 1906 ist eröffnet. Ich benutze die Gelegenheit, den Herren Kollegen noch nachträglich ein recht glückliches neues Jahr zu wünschen. (Beifall.)

Auf der Tagesordnung steht die erste Vorlegung der einzelnen Steuerentwürfe, die zur Reichsfinanzreform gehören (Waus, Tabak, Zigaretten, Stempel- und Erbschaftsteuerentwürfe).

Reichschatzsekretär Herr v. Stengel: In diesem Teile der Generaldebatte werde ich mich darauf beschränken, im wesentlichen Angriffe und Einwendungen, die laut werden, zurückzuweisen. Ich werde meinerseits alles vermeiden, was dazu beitragen könnte, die Beratungen in die Länge zu ziehen. Ich möchte im Interesse der beteiligten Angehörigen, die Herren, die es wirklich wichtig, ernst und mit meinen, bitten, dafür zu sorgen, daß die Vorlagen an die Stelle kommen, die geeignet ist, den materiellen Standpunkt aller Beteiligten zu prüfen, in die Kommission. Die Klagen über die Höhe des Defizits der Reichsfinanzen werden sich nach den Verhandlungen in der Kommission heben. Dort wird Ihnen die Regierung das Material zuführen, das zu einem abschließenden Urteile notwendig ist. Ich halte es vollständig nachempfinden, wenn man sich nur mit säurem Herzen und nicht ohne schwere Bedenken für diese Steuerentwürfe der verbundenen Regierung erklärt. Sobald man aber die Überzeugung gewonnen hat, daß es eben in der bisherigen Weise unmöglich weitergehen kann, dann haben die Herren zur Seite zu treten, und das Bedenken muß hauptsächlich darauf gerichtet sein, die Steuern so wenig wie möglich drückend zu gestalten. Den verbundenen Regierung ist es ungeniem schwer geworden, Ihnen eine Erbschaftsteuer vorzulegen. Wir werden in dieser Frage hoffentlich zur Wohlthat des deutschen Volkes eine Verständigung erzielen. Bei dieser ersten Lage bitte ich Sie alle, sich mit den verbundenen Regierung zu gemeinsamer Arbeit zu verbinden und die Vorlagen zu prüfen, die sie nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft untern Volk setzen bringen sollen. Zum Schluß möchte ich von dieser Stelle aus allen die meine Mitarbeitern für ihre Bemühungen meinen herzlichsten Dank zum Ausdruck bringen. (Beifall.)

Herr v. Stengel (3.): Die Wichtigkeit dieser Vorlagen steht außer jedem Zweifel, von ihnen hängt die geordnete Gestaltung des Reichs und der Einzelstaaten ab, einigens mit der Überzeugung, daß es einen anderen besseren Weg gibt, dem Reich die nötigen Einnahmen zu verschaffen. Noch wollen wir nicht, wieviel Verbesserungen die neuen Tarifverträge ergeben, der Augenblick ist also für neue Steuerentwürfe nicht geeignet. Bei der Tabaksteuervermehrung vermehrt sich die Wirkung nach dem Wert, die sie allerdings nicht geringen Umfang, einigens durch die Zigarettensteuer hätte die Begründung aus einem ausführenden sein können. Die Zigarettensteuer hat in Süddeutschland ihre Vorbilder. Der Reichschatzsekretär klammert sich zu sehr daran an. Wir bezweifeln, daß die starke Steigerung der Zigarettensteuer angenommen wird. Bei der Erbschaftsteuer bleibt zu erörtern, ob das Reich Steuern beschließen soll. Die hinsichtlich der Einzelstaaten die Kosten anlegen. Wie sieht es mit den Annuitäten, die Großindustrielle auf dem Lande zur besseren Kapitalverwertung oder aus Verhütung erwerbend? Diese auch erbschaftsteuerlich zu erfassen, möchte die Kommission versuchen. Nur wenn wir im Reiche auf Sparfüßchen setzen, werden wir eine dauernde Reichsfinanzreform schaffen. Zur Parlament im Reich zwingen wir die Einzelstaaten durch die Materialverträge. Das Reich betrifft heute nicht die Einzelstaaten an, sondern lediglich ein bestimmtes Steuerfeld, den es in früheren Jahren den Einzelstaaten abgeben hat. Das waren von 1856-1892 allein 456 Millionen Mark. Man macht so viel Aufhebens von diesem Wert, daß im Bundesrat nach vielen Bemühungen zu Stande gekommen sei. Wie kann man sich einigens eines solchen heterogenen Komplexes von Steuerentwürfen auszurufen: Wofür, für die Herr! Eine Frage kann ich nicht unterdrücken. Was ist notwendig, ein bestimmtes Steuerfeld zusammenzufassen und dadurch in alle möglichen Produzenten- und Konsumentenkreise Verursachung zu tragen? Ich sage Nein. Manches hätte man aus diesem Wofür im Anfang an herauszuziehen können. Ich vermute in diesen Steuerentwürfen das sozialpolitische Moment und den Grundgedanken des Herrn Staatssekretärs: Klarheit und Bestimmtheit des Gesetzes. Warum spricht man so gerne ab und über die Interesseneinigkeit, aber, die hier die Interesseneinigkeit gezogen werden? Man könnte doch auch etwas mehr Opferwilligkeit von den Herren verlangen, die umgehoren bleiben, die den größten Vorteil davon haben, z. B. von den Seeres- und Hottententungen. Um der schönen Augen der Regierung willen wird der Reichstag keine Steuern bewilligen. Ich beantrage, die Vorlage an eine besondere Kommission von 25 Mitgliedern zu verweisen. Dort eine besondere Kommission von 25 Mitgliedern, die Umfassender, können wir uns z. B. auch über die Wechsels, die Umfassender, über Verursachung u. a. m. unterhalten. Kommt die Regierung den Wünschen des Reichstags nicht mehr entgegen, als es bis jetzt den Anschein hat, so fordert die Finanzreform, die uns heute außerordentlich bedauerlich. (Beifall im Zentrum.)

Herr Singer (Zos.): Ich werde keine Rede über alle Steuerfragen halten, sondern nur die Erbschaftsteuer behandeln. Vor allem hoffe ich, daß das Zentrum in der Kommission an dem festhält, was heute der Abg. Speck ausgesprochen hat. Will aber das Zentrum die ausfallenden Steuern durch die Erbschaftsteuer ausgleichen, so muß es dies auf andere Grundlagen stellen, als es der Abg. Speck getan hat. Untere steuerpolitische Ansicht geht dahin, daß die Reichsausgaben durch eine Reichseinkommensteuer, Reichsvermögens- und Reichserbschaftsteuer gedeckt werden müssen. Diese drei Steuern zusammen müssen alle indirekten Steuern überflüssig machen. (Aachen rechts.) Wollen wir jetzt direkt Steuern machen, dann wollen wir auch ganze Arbeit tun und nicht nur die lächerliche Summe von 80 Millionen Mark aus einer Erbschaftsteuer herausziehen. In der Kommission werden wir entsprechende Anträge stellen. Abtungen unter Neben, die Umgehungen der Erbschaftsteuer sein sollen, müssen natürlich erfaßt werden können. Wir können uns nicht dazu hegen, daß ungerechte Steuerentwürfe zu verdrängen, das mit dem neuen Zolltarif begonnen hat. (Beifall bei den Zos.)

Herr Dr. Pfingst (All.): Die definitive Entscheidung behalte ich ausdrücklich meinen Freunden vor. Die Reichsfinanzen müssen aufgebessert werden, unbedingt und dazu bedürfen wir neuer Steuern. Jede der Kommissionsberatungen wird es sein, die Höhe des Bedarfs festzustellen. Dabei muß aber ganze Arbeit gemacht werden, damit wir nicht nach einigen Jahren wieder vor der gleichen Mißere stehen. Wir müssen auf das natürliche Wachstum der Reichsfinanzen des Reichs von vornherein Mühe nehmen. Eine planmäßige Erhöhung der Reichsfinanzen ist unabweisbar. Unbillig erscheint uns das Anstehen an den Reichstag, fünf Steuerentwürfe mit acht neuen Steuern als ein einheitliches Werk zu betrachten. Der Reichstag ist mit den verbundenen Regierung gleichberechtigt; sein wichtiges Recht ist das Budgetrecht. Er ist der Vertreter des deutschen Volkes, das die 230 Millionen neuer Steuern zahlen soll; er darf sich deshalb einer genauen Prüfung der einzelnen Steuern nicht entziehen, er wird einzelne ablehnen, andere annehmen. Lehnt die Regierung deshalb die Vorlage ab, so hat sie die Schuld am Scheitern der Finanzvorlage. Die Erbschaftsteuer ist so gestaltet, daß der bewegliche Faktor nur nach unten beweglich ist. Eine Steuer, die nach oben nicht beweglich ist, können wir nicht als eine bewegliche Steuer erkennen. Zu erörtern ist, ob man nicht die Materialverträge künftig nicht nach der Staatsform der Reichsfinanzen, sondern nach der Staatsform umlegen sollte. Damit wird ich hoffentlich die Kommission eingehend beschäftigen. Mittwoch 11 Uhr: Fortsetzung.

Aus Ausland.

liegen folgende Telegramme vor:

Konow, 8. Jan. Hier ist vorgestern der Kriegszustand erklärt worden. Der Vorort Fernamp wurde gegen von Kofalen besetzt, nachdem er sechs Tage lang von Artillerie und Infanterie beschossen worden war. Die Revolutionäre sind vollständig niedergeworfen.

Konow, 9. Januar. Soweit bis jetzt bekannt ist, haben während der letzten Wirten deutsche Reichsangehörige keine Verluste erlitten.

Warschau, 9. Jan. Der Stadtpräsident teilte den Bürgervertretern mit, der Generalgouverneur lehne kategorisch ihre Forderung auf Aufhebung des Kriegszustandes ab. Dies sei erst möglich nach völliger Beruhigung des Landes. Die Bürgervertreter stellen die Forderung auf, den Wahlberechtigten zur Duma Presse, Versammlungen und Koalitionsfreiheit zu gewähren. Die deutsche Kobler Zeitung ist verboten worden; ihre Maschinen wurden verfeuert.
Kattow, 9. Jan. Zwei Kofalen, die auf der Eisenbahn in Strehenitz die Studenten verhaften wollten, wurden von Arbeitern getötet. Zwischen einer hinfingelommenen Kofalenabteilung und den Arbeitern kam es zu einem regelrechten Gewehrfeuer, durch das drei Kofalen und drei Arbeiter getötet wurden.

Ausland.

Frankreich.

Die Deputiertenkammer wählte Doumer mit 257 Stimmen zu Präsidenten gegen Carrien, der 269 Stimmen erhielt. — Die Verfindung des Ergebnisses der Wahl wurde von allen Gruppen mit Ruhe aufgenommen. In den Verhandlungen der Kammer wird von radikalen Deputierten erklärt, daß angesichts der geringen Mehrheit, die Doumer erlangt, die Wahl Gallières zum Präsidenten der Republik nunmehr als gesichert angenommen werden könne, da Gallières so ziemlich auf alle Parteien zugefallenen Stimmen und überdies auch auf ungefähr 200 Senatsstimmen rechnen könne.

Der Bevollmächtigte Frankreichs auf der Konferenz in Algerias Revoll ist am 9. d. M. mit dem Übergang nach Madrid abgereist. In seiner Begleitung befinden sich Sekretär Anard, General von Algerien Graf Cicerich und die Majore Gudet und Jefeurell, die Mitglieder der französischen Mission sind. Abbruch der Handelsvertragsverhandlungen mit Bulgarien.

Wie die Wiener „Neue freie Presse“ meldet, hat Frankreich wegen der bulgarisch-serbischen Jollusion die Handelsvertragsverhandlungen mit Bulgarien abgebrochen.

Spanien.

Die Marokkokonferenz.

Zur Feinung der Unterordnung der an der Konferenz in Algerias Teilnehmenden ist Palmoros vom Staatsminister entsandt worden. In Algerias herrscht lebhaftes Interesse. Zahlreiche Journalisten sind bereits eingetroffen.

